

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Bern, den 7. Mai 1990

VERTRAULICHInformations hebdomadaires 19/90

<u>Index:</u>	<u>Page</u>
1) EEE, séminaires pour la presse à Lucerne et Lausanne, 3 - 4 mai 1990	2
2) Belgischer Verkehrsminister in der Schweiz	3
3) Besuch des Hochkommissars der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge in Bern	3
4) Besuch des Sondervertreters des UNO-Generalsekretärs für Namibia, M. Ahtisaari (A) in Bern, 3. Mai 1990	5
5) Besuch des Chefs der Politischen Abteilung II in Costa Rica (23.4.1990) und Nicaragua (24.-27.4.1990)	6
6) 134e session du Conseil Exécutif de l'UNESCO	9
7) Besuch von DEH-Direktor F.R. Staehelin (SFR) in Kenia	10

- 1) EEE, séminaires pour la presse à Lucerne et Lausanne
3-4 mai 1990.

Le DFAE et le DFEP ont mis sur pied deux séminaires d'une journée chacun destinés à informer la presse suisse alémanique (le 3.5.90 à Lucerne) et latine (le 4.5.90 à Lausanne) sur la politique suisse d'intégration européenne. Dans leurs discours introductifs, les deux Conseillers fédéraux René Felber et Jean-Pascal Delamuraz ont réaffirmé leur volonté de parvenir à un bon traité sur l'Espace économique européen (EEE), en précisant qu'actuellement l'EEE constitue pour le Conseil fédéral la meilleure alternative permettant de réaliser les objectifs déjà fixés en 1988 dans son rapport sur l'intégration européenne. Ces objectifs sont la création de conditions aussi semblables que possible à celles d'un marché intérieur et la possibilité pour la Suisse de faire entendre la voix dans la construction de l'Europe.

L'Ambassadeur Kellenberger a ensuite présenté les principaux traits du futur traité sur l'EEE en mentionnant les éléments principaux qui constitueront le coeur de la prochaine négociation: l'étendue des exceptions et la définition des mécanismes d'élaboration et de prise de décisions.

L'Ambassadeur Krafft, le Directeur Koller et le Vice-Directeur Jacot-Guillarmod ont ensuite développé les principales questions d'ordre juridique et institutionnel. Le Secrétaire d'Etat Blankart a conclu en se réjouissant du succès de ces deux séminaires suivis par plus de 170 journalistes et a insisté sur le rôle de relais que jouent les médias. Ces séminaires s'inscrivaient dans l'effort consenti pour améliorer l'information concernant la politique d'intégration européenne de la Suisse. Le chef de la nouvelle section de l'information du Bureau de l'intégration, M. U. Ziswiler, qui entrera officiellement en fonction le 15 mai, a en outre été présenté à la presse.

2) Belgischer Verkehrsminister in der Schweiz

Bundesrat Ogi hat am 2. und 3. Mai den belgischen Verkehrsminister, Vize-Ministerpräsident Dehaene, (D), zu einem Besuch in der Schweiz empfangen. Nach Besichtigungen vor Ort (Huckepack-Terminal, Reusstal, Kandersteg) und Gesprächen war D beeindruckt von den realen Transitgegebenheiten in der Schweiz. Er zeigte Verständnis für unsere Haltung und unterstrich die Notwendigkeit, die Bahn aufzuwerten. Der EG-Verkehrsministerrat als solcher habe die Ergreifung von Retorsionsmassnahmen nie ins Auge gefasst. Einzelne Mitgliedstaaten hätten aber solche Ideen vertreten. Retorsionen hält er weiterhin für unwahrscheinlich, hingegen werde zuweilen ein politischer Zusammenhang mit den von der Schweiz angestrebten Luftverkehrsverhandlungen hergestellt.

3) Besuch des Hochkommissars der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge in Bern

Thorvald Stoltenberg, der Hochkommissar der Vereinten Nationen für die Flüchtlinge, hat am 30. April 1990 einen Arbeitsbesuch in Bern unternommen. Bei dieser Gelegenheit ist er von Bundespräsident Koller empfangen worden und war Gast eines von Bundesrat Felber gegebenen Mittagessens.

Dieser Besuch diente einer ersten Kontaktnahme des neuen Hochkommissars mit den eidgenössischen Behörden. Die Gespräche mit den beiden Departementsvorstehern sowie mit Beamten aus dem EDA und dem EJPD erlaubten es, die Flüchtlingssituation in der Welt, die Rolle des Hochkommissariats, schweizerische Leistungen zugunsten dieser Organisation sowie Fragen der Asylpolitik zu erörtern.

Der Hochkommissar charakterisierte das globale Flüchtlings- und Migrationsproblem als "major issue", die längst den Rahmen einer rein humanitären Herausforderung sprengt. Er sieht seine Aufgabe unter anderem darin, diese Frage zu einem der Hauptaspekte der internationalen Sicherheitsdebatte machen zu helfen, "to put it on the political agenda," wie er sich wiederholt ausdrückte.

Stoltenberg unterstrich die Notwendigkeit, auch für die Zukunft die Voraussetzungen zu erhalten, damit Flüchtlinge in den westlichen Staaten aufgenommen werden können. Es sei seine Verantwortung zu sagen, dass dazu die Rückschaffung derjenigen, die keine Flüchtlinge sind, in ihre Herkunftsländer gehört.

Auch was die finanzielle Lage des HCR betrifft, sprach Stoltenberg eine deutliche Sprache. Selbst wenn man alle Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung und zur Erschliessung von neuen finanziellen Quellen ausschöpfe, werde man nicht darum herumkommen, von den traditionellen Geberländern zusätzliche Mittel zu verlangen.

Sofern diese Mittel nicht bereitgestellt würden, werde man wichtige und notwendige Projekte reduzieren oder sogar annullieren müssen.

Die schweizerischen Gesprächspartner zeigten sich beeindruckt von der realistischen Haltung und klaren Sprache des Hochkommissars. Grundsätzlich geht die Schweiz von ähnlichen Ueberlegungen aus, sowohl betreffend die Sicherheits- wie die Asylpolitik. Die konstruktive Mitarbeit des HCR bei der Ausarbeitung des neuen Asylverfahrens ist schweizerischerseits sehr geschätzt worden. Was die Finanzproblematik betrifft, werden Flüchtlingsfragen innerhalb der humanitären Hilfe der Schweiz weiterhin eine hohe Priorität zukommen. Die 1989 zur Milderung der Finanzkrise des HCR vom Bundesrat bewilligten Sonderbeiträge waren jedoch eine ausserordentliche Massnahme. Die Beiträge des Jahres 1990 werden sich in der Grössenordnung von 20 Millionen Franken bewegen wie bereits 1987 und 1988.

4) Besuch des Sondervertreters des UNO-Generalsekretärs für Namibia, M. Ahtisaari (A) in Bern, 3. Mai 1990

Auf Einladung des Direktionsausschusses für den UNTAG-Einsatz stattete A. Bern einen Besuch ab. Er wurde von Bundesrat Felber zu einem Höflichkeitsbesuch empfangen. Mit Botschafter Manz, dem Sondervertreter des UNO-Generalsekretärs für die Westsahara, pflegte er einen Gedankenaustausch über die Rolle des Leiters einer friedenserhaltenden Aktion der Vereinten Nationen. In einer Arbeitssitzung mit den Mitgliedern des Direktionsausschusses unter der Leitung von Botschafter Keusch beurteilte A. den UNTAG-Einsatz und ging auf verschiedene Fragen ein.

A. dankte der Schweiz ein weiteres Mal dafür, dass sie die UNTAG mit einer Sanitätseinheit und Wahlbeobachtern unterstützt hatte. Besonders hob er die Professionalität des Schweizer Einsatzes hervor. Auch politisch sei die Beteiligung der Schweiz von Bedeutung gewesen. A. würde es begrüßen, wenn sich die Schweiz auch anlässlich von zukünftigen friedenserhaltenden Aktionen engagieren würde. Dabei seien der Art und dem Umfang grundsätzlich keine Grenzen gesetzt, auch wenn es um die Beteiligung an der militärischen Komponente der Aktion gehe.

A wies mit Befriedigung darauf hin, dass die im Unabhängigkeitsprozess geborene namibische Verfassung vielleicht die demokratischste in ganz Afrika und vergleichbar mit westlichen Grundgesetzen sei. Dies bilde eine wichtige Voraussetzung auch für die wirtschaftliche Entwicklung Namibias und rechtfertige Hilfeleistungen der Industrienationen. Diese würden mit Vorteil über den Spezialfonds des UNDP für Namibia gleitet, damit die namibischen Behörden lediglich mit einem Hauptpartner zu verhandeln hätten. Dadurch würde einerseits verhindert, dass zuviel Hilfe geleistet wird, welche nicht absorbiert werden könnte. Andererseits würde das Risiko von neuen Abhängigkeiten vermindert. Nach A könnte im übrigen die Verfassung Namibias Signalwirkung für das restliche Afrika haben.

A zählte verschiedene Elemente auf, welche für das Gelingen der UNTAG-Aktion von entscheidender Bedeutung waren:

- Die politische Voraussetzung des Friedensprozesses war durch den Dialog zwischen Südafrika, Kuba und Angola, welcher von den USA und der UdSSR begleitet wurde, gegeben.
- Neben der traditionellen militärischen Komponente der friedenserhaltenden Aktion kam der Zivilpolizei eine ungeahnte Bedeutung zu. Sie diene insbesondere der Kontrolle der lokalen Polizei, welche politisch einseitig zusammengesetzt war.
- Die Operation wurde neben dem professionell arbeitenden UNO-Sekretariat zum grössten Teil von verlässlichen Regierungen unterstützt. Als positiv erwiesen sich auch die Abklärungsmissionen der Staaten sowie deren permanente Vertretungen in Namibia, welche den Hauptstädten Informationen aus erster Hand liefern konnten. Da gewisse Staaten trotz allem nicht quali-

fiziertes Personal nach Namibia gesandt hatten, wird sich das UNO-Sekretariat überlegen müssen, ob es die Rekrutierung in Zukunft nicht selbst an die Hand nehmen soll.

- Als fruchtbar erwies sich die Zusammenarbeit der UNTAG sowohl mit dem südafrikanischen Verwalter als auch mit den politischen Parteien Namibias.
- Eine unabdingbare Voraussetzung des Gelingens der Operation war das gut funktionierende Kommunikationssystem der UNTAG.
- Um die Unterstützung der Bevölkerung für die Mission der UNTAG zu erhalten, baute diese eine wirkungsvolle Informationsmaschinerie auf, welche sich der Presse, des Radios und des Fernsehens bediente.

Abschliessend warnte A davor, das Schema der UNTAG-Operation vorbehaltlos auf zukünftige friedenserhaltende Aktionen wie z.B. in der Westsahara oder in Kambodscha zu übertragen. Gewisse Elemente könnten zwar übernommen werden, doch müsste den jeweiligen Gegebenheiten des einzelnen Falles Rechnung getragen werden. A wies darauf hin, dass er im UNO-Sekretariat in New York Studien veranlassen werde, welche gewisse grundsätzliche Aspekte der friedenserhaltenden Aktionen beleuchten werden. Bei der Suche nach neuen Lösungen sei Phantasie und Flexibilität gefordert. So solle etwa untersucht werden, ob zur Effizienzsteigerung und Kostensenkung nicht gewisse Bereiche insbesondere der Infrastruktur und Logistik kommerzialisiert werden oder ob die teuren Battalione in gewissen Fällen nicht durch Militärbeobachter ersetzt werden könnten.

5) Besuch des Chefs der politischen Abteilung II in Costa Rica (23.4.1990) und Nicaragua (24.-27.4.1990)

1. Costa Rica

auf dem Weg nach Managua, wo Botschafter Pierre-Yves Simonin (SI) den Bundesrat an den Feierlichkeiten zur Übergabe des Präsidentschaftsmandates vertrat, wurde der Chef der politischen Abteilung II auch in Costa Rica empfangen. Aus Anlass des am 8. Mai in Costa Rica ebenfalls bevorstehenden Regierungswechsels traf SI die 1. Vizepräsidenten der alten und neuen Regierung, Jorge Manuel Dengo und German Serrano Pinto, sowie die Aussenminister der beiden Kabinette, Rodrigo Madrigal Nieto und Bernd Niehaus, zu Gesprächen. Eine weitere Unterredung fand mit dem zukünftigen Parlamentspräsidenten, Juan José Trejos, statt, während ein offizielles Nachtessen in der Residenz Gelegenheit zu Kontakten mit hohen Vertretern aus dem Aussenministerium und mit einigen in San José residierenden Missionschefs und Journalisten gab.

Die wichtigsten Gesprächsthemen betrafen:

- den Friedensprozess in Zentralamerika und der wirtschaftliche Wiederaufbau als dessen Fortsetzung,

- die akzente der zukuenftigen costarikanischen aussenpolitik in einem politisch positiveren umfeld,
- die einschnaetzung costa ricas der position der nachbarlaender bzw. staaten der region, insbesondere nicaragua und kuba,
- die zukuenftige wirtschaftsentwicklung und sozialpolitik in costa rica. si erneuerte bei dieser gelegenheit das angebot eines schweizerischen mischkredites.
- den costarikanischen standpunkt hinsichtlich der bewegung der blockfreien staaten und einer reaktivierung des beobachterstatus.

beide seiten ruehmten die ausgezeichneten bilateralen beziehungen und hoben die gemeinsamkeiten beider voelker (costa rica wird als die schweiz zentralamerikas bezeichnet) hervor. costa rica wuerde einen vermehrten austausch zwischen parlamentariern beider laender begruessen.

2. nicaragua

a la tete de la mission speciale suisse, composee de l'ambassadeur j. bucher, de m. martin pallmann (dda) et du consul k. morizzo (managua), l'ambassadeur simonin (si) a represente le conseil federal aux ceremonies marquant la passation des pouvoirs presidentiels entre le commandant daniel ortega saavedra et mme violeta barrios de chamorro qui ont eu lieu le 25.4.1990 a managua. la veille, le chef de la division politique ii a ete recu en audience particuliere par dona violeta. si a egalement pu s'entretenir avec m. enrique dreyfus et noel vidaurre, respectivement ministre et vice-ministre des affaires etrangeres du nouveau cabinet.

les jours suivants, l'occasion a ete offerte a si d'avoir des entretiens aussi bien avec des hauts responsables du gouvernement sandiniste sortant qu'avec des membres de la nouvelle equipe au pouvoir. c'est ainsi que si a, entre autres, rencontre le commandant henry ruiz (membre de la direction nationale du fsln et ancien ministre de la cooperation exterieure) et m. giovanni delgado (ancien vice-ministre de la cooperation exterieure).

cote de la nouvelle majorite, si a ete recu par le vice-president de la republique, virgilio godoy (president du

partido liberal independiente), et la presidente de l'assemblee nationale, myriam arguello (alianza conservadora). le chef de la div. pol. ii s'est egalement entretenu avec francisco mayorga, president de la banque centrale du nicaragua et membre du cabinet.

un cocktail devait reunir, a l'invitation de l'ambassadeur bucher et a la residence de notre consul honoraire m. morizzo, des membres de la colonie suisse et permettre a si de s'entretenir en particulier avec des compatriotes engages au nicaragua au titre de l'aide humanitaire et de developpement (dda, cicr, hcr, ong, organisations privees) et des journalistes suisses.

la presence a managua de nombreuses delegations etrangeres a, en outre, offert a la delegation suisse de nouer d'utiles contacts.

le changement de pouvoir - s'il s'est deroute dans une atmosphere populaire relativement calme mais non depourvue de tensions - a laisse apparaitre, plus tot que prevu, les ambiguïtes d'une situation qui parait hypothéquer d'emblée l'avenir immediat du pays. tout se passe comme si, des avant d'assumer ses nouvelles fonctions, la presidente chamorro s'etait engagee (sous l'influence de son entourage immediat) a donner des gages a l'opposition sandiniste pour le prix de la paix et de la reconciliation nationale (si ce n'est simplement pour celui d'une transmission de pouvoir pacifique). l'annonce par dona violeta dans son discours inaugural de ne pas rompre entierement avec le fsln en confiant - meme temporairement - a humberto ortega de hautes responsabilites militaires, a non seulement ravive le classique clivage

entre l'uno (union nacional opositora), et le front sandiniste, mais provoque immediatement un schisme au sein de la fragile coalition majoritaire. la defection sur-le-champs de 2 ministres avant meme leur assermentation augurent deja des difficultes que dona violeta et son cabinet de technocrates rencontreront au parlement ou l'appui du fsln leur sera indispensable pour gouverner.

la cohesion des 14 partis formant l'uno n'aura donc pas survécu au premier jour de la nouvelle presidence: celle-ci voit son autorite ebranlee par une majorite se sentant frustrée de sa victoire du 25 fevrier dernier et ouvertement contestee par une contra determinee a ne pas souscrire a ce qu'elle perçoit comme une compromission intolérable (qui plus est, sans contrepartie) avec l'ennemi sandiniste.

ce mauvais depart a deja developpe un premier effet: celui de repousser la perspective de trouver une solution rapide au probleme de la contra (contrairement aux engagements pris, elle se refuse de desarmer), condition essentielle a la reconstruction politique et materielle d'un pays extenué par 9 ans de guerre, de privations et de "mal governo" sandiniste.

dona violeta se trouve confrontee assurement a des obstacles formidables. la sincerite de ses aspirations a la paix et la reconciliation est incontestable; c'est sur ces themes qu'elle a gagne les suffrages de sa victoire. ses premieres decisions comme chef de l'executif ont ete d'ailleurs la suspension du recrutement. elle se propose en outre une reduction massive des forces armees et l'abolition du service militaire obligatoire. il lui reste maintenant a gouverner, a dejouer a la fois les obstacles a l'interieur de son propre camp et les pieges qu'un fsln, reste uni et fortement organise (et arme) et sans doute aspirant a revenir au pouvoir, ne manquera pas de lui tendre. est-elle de taille? a en juger a ses premiers pas, la question reste encore ouverte.

6) 134e session du Conseil Exécutif de l'UNESCO

1. Le Conseil Exécutif s'ouvre dans une atmosphère de tension en raison de l'attitude du Directeur Général qui a annoncé unilatéralement, au début mars, des mesures de restructuration, alors qu'il aurait dû consulter le Conseil Exécutif.


Il a fini par se plier à cet impératif constitutionnel et le Conseil examinera ses propositions dès l'ouverture de la session, le 9 mai. Dans un document qui sera discuté au Conseil la philosophie de la réforme est présentée de manière plus détaillée, mais toutes les craintes en matière de financement et de politique du personnel ne sont pas supprimées. Le Conseil est appelé à accepter une réforme fondamentale sur la foi de promesses budgétaires, non de réalisations. Certains souhaitent repousser toute décision jusqu'à l'automne, de manière à ce que le Conseil puisse disposer de tous les éléments d'appréciation. La position suisse reste critique - la rigueur est de mise. Toutefois, si un compromis réaliste peut se dessiner, nous n'y ferons pas obstacle pourvu que toutes les garanties soient données du respect des décisions budgétaires et du programme de la Conférence Générale.

2. L'atmosphère est alourdie par la fin de non-recevoir opposée par les gouvernements britannique et américain à l'appel qui leur avait été adressé en 1987 de retourner à l'UNESCO. Cette question fera l'objet d'un débat approprié sur la demande de M. Muheim, Membre suisse du Conseil Exécutif, qui propose de renoncer à tout effort particulier du Secrétariat en vue de favoriser le retour des Anglo-Saxons : seules les améliorations internes, la concentration sur l'activité propre de l'Organisation permettront de revenir à la charge en temps opportun, soit au plus tôt après la Conférence Générale de 1991. Le Directeur Général voudrait au contraire poursuivre son action militante et se lancer dans une bataille au Congrès des Etats-Unis où la Chambre des Représentants organisera des hearings et un débat sur le rapport du Secrétaire d'Etat.
3. M. Muheim a également fait inscrire à l'ordre du jour un point relatif à l'utilisation de la technologie spatiale par l'UNESCO. Sans que le Conseil Exécutif en ait été saisi, le Directeur Général a passé divers accords avec l'URSS et d'autres pays, et est en pourparlers avec l'ESA. Il est à la recherche d'un mécène car le coût du projet dépasse de loin les possibilités de l'UNESCO. C'est l'exemple type du double emploi : le lancement de satellites est l'affaire de l'UIT, le PNUE songe à exploiter un réseau pour l'environnement (thème repris par M. Mayor à l'appui de sa démarche, auquel s'ajoute encore l'éducation).
4. Enfin, lors des délibérations du Comité Spécial, la volonté des membres de résister aux empiètements du Secrétariat et de défendre leurs compétences est nettement ressortie. C'est au fond tout le problème posé à cette session du Conseil Exécutif.

7) Besuch von DEH-Direktor F.R. Staehelin (SFR) in Kenia

In Ergänzung zur Meldung vom letzten Bulletin sei hier nachgetragen, dass inzwischen das kenianische Aussenministerium unserer Botschaft in Nairobi mitgeteilt hat, der umstrittene Catering Levy Trustee-Bürokomplex werde nicht gebaut.

K. Jacobi



Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

i.A.22.14.7.3.-CB/SRA

Chiffriert
 Priorität
 Faktura
 Text erg.
 F.I.

Ja Nein Norm. Dring. Flash

Absender Presse und Info Seite-Nr. 1

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
wochentx					

Informations hebdomadaires rapides no 19/90 du 07.05.1990

- 1) Observations des élections en Roumanie
- 2) EWR-Verhandlungen: Aeusserungen von Kommissionspraesident Jacques Delors vom 28. April 1990 in Dublin.
- 3) Session spéciale de l'AG de l'ONU consacrée à la coopération économique internationale (New York, 23 avril - 1er mai 1990)

1) Observations des élections en Roumanie


En date du 10.4.90, la Suisse a officiellement été invitée en sa qualité d'Etat participant à la CSCE par les autorités roumaines à envoyer des observateurs aux élections législatives et présidentielles du 20 mai prochain ainsi que pendant toute la durée de la campagne électorale.

Afin d'obtenir des renseignements complémentaires sur le déroulement des élections et sur le rôle des observateurs, une délégation du Département s'est rendue à Bucarest les 23/24.4. Dans ses conclusions, cette délégation a recommandé l'envoi d'un petit groupe d'observateurs (10-12 personnes) constitué de volontaires ne provenant pas de l'administration. Leur engagement

Letzte Zeile

17 80 000 39665

Datum: 07.05.1990
 Tel. intern 30 66

Visum: 

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

<input type="checkbox"/>
Ja Nein

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Norm.	Dring.	Flash

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

--

2

Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode Empfängercode

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

devait avoir lieu dans une région bien délimitée et non pas sur l'ensemble du territoire. Cette recommandation était toutefois soumise à deux conditions : qu'une participation, de la même nature que la nôtre, d'une dizaine d'autres Etats soit assurée dont un autre Neutre et que la situation politique en Roumanie ne se détériore pas sensiblement.

Or, si des observateurs de nombreux Etats de la CSCE se rendent sur place en Roumanie, il s'agira, à quelques exceptions près, de parlementaires et de représentants d'ONG et non pas de délégation officielle au sens que nous l'entendions. Quant à la situation politique interne en Roumanie, elle prend une tournure des plus inquiétantes.

Dans ces conditions, le Chef du Département a décidé le 4 mai de renoncer à l'envoi d'une délégation officielle.

A ce stade, nous ne sommes pas encore en mesure de vous informer d'une éventuelle participation de parlementaires suisses à cette action d'observation.

Nous saisissons cette occasion pour remercier toutes les missions concernées de leur précieuse collaboration tout au long de la phase d'évaluation de cette opération.

Letzte
Zeile

17 80 000 39665

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

--

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ja	Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Norm.	Dring.	Flash

Faktura

Text erg.

F.I.

Absender

Seite-Nr.

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2) EWR-Verhandlungen: Äusserungen von
Kommissionspräsident Jacques Delors
vom 28. April 1990 in Dublin

Auf Delors' Äusserungen (Kritik wegen Mitbestimmungswünschen der EFTA-Länder, unzureichender Stärkung EFTA und zu langer Ausnahmelisten) angesprochen, schlagen wir Ihnen folgende Sprachregelung vor:

1. Die Aushandlung eines befriedigenden gemeinsamen EWR-Beschlussfassungsmechanismus wird eine wichtige Verhandlungsaufgabe sein. Die Schweiz wird, zusammen mit den EFTA-Ländern, im Lichte des Verhandlungsergebnisses beurteilen, ob der Mechanismus den Ansprüchen einer neu strukturierten Partnerschaft genügt. Die Idee einer neu strukturierten Partnerschaft mit

letzte
Zeile

17 80 000 39665

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

--

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------

Ja Nein

Priorität

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
--------------------------	--------------------------	--------------------------

Norm. Dring. Flash

Faktura

<input type="checkbox"/>

Text erg.

<input type="checkbox"/>

F. l.

<input type="checkbox"/>

Absender

--

Seite-Nr.

4

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

gemeinsamen Entscheidungsmechanismen, die der EWR begruenden soll, geht auf eine Anregung des Kommissionspraesidenten vom Januar 1989 zurueck.

- Die EFTA-Laender haben in der Exploration dem Wunsch der EG-Kommission nach einem einzigen Gespraechspartner Rechnung getragen. Sie werden auch in den Verhandlungen mit einer Stimme sprechen. Wie sich die EFTA-Laender organisieren, ist aber deren eigene Sache. Ob es sinnvoll ist, die Strukturen weiter zu verstaerken, kann erst im Lichte des Ergebnisses der EWR-Verhandlungen beurteilt werden.
- Die Moeglichkeit, in Bereichen vitalen Interesses Ausnahmen von der Uebernahme des "acquis" aushandeln zu koennen, gehoert zur EWR-Uebungsanlage. Von dieser Moeglichkeit soll, das ist auch die schweizerische Auffassung, freilich nur Gebrauch gemacht werden, wo ein solches Interesse glaubwuerdig nachgewiesen werden kann. Der materielle Deckungsbereich des kuenftigen EWR-Vertrages wird im uebrigen auch von den ausgehandelten rechtlich-institutionellen Loesungen abhaengen.
- Haben von der positiven Stellungnahme des Europaeischen Rates in Dublin zum EWR-Vorhaben mit Genugtuung Kenntnis genommen. Auch der Praesident der EG-Kommission sagte im erwaehten Pressegespraech, die Verhandlungsvorbereitungen seien auf gutem Weg.

Letzte
Zeile

17 80 000 30665

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert

Priorität

Faktura

Text erg

F.I.

Absender

Seite-Nr

5

Ja Nein

Norm. Dring. Flash

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

Empfängercode

3) Session spéciale de l'AG de l'ONU consacrée à la coopération économique internationale (New York, 23 avril - 1er mai 1990).

Lors de sa 18e session extraordinaire, l'Assemblée générale a ouvert ses travaux en admettant la République de Namibie comme 160e Etat membre de l'ONU, ce qui marque l'apogée d'un effort long et soutenu dans la lutte pour la liberté de ce pays. Elle a pu ensuite se consacrer à son thème principal, la coopération économique internationale, en particulier la relance de la croissance économique et du développement dans les PED. Convoquée à la demande du G77 et malgré l'opposition des Etats-Unis (qui craignaient une conférence des Nations Unies sur la dette), la session extraordinaire aura été couronnée de succès sur le plan politique: de par le niveau élevé de participation, les Etats membres et non-membres étant représentés par des Chefs d'Etat, des Premiers ministres ou des ministres (à l'exception, notamment, des Etats-Unis), de par le ton modéré des déclarations durant le débat général, ou encore de par l'adoption par consensus d'une déclaration finale. Sur le plan de la substance en revanche, le bilan est moins positif, peut-être parce que les attentes et objectifs fixés étaient trop élevés. On le sait, un consensus entre 160 Etats aux intérêts aussi hétéroclites présuppose de nombreux compromis, lesquels ont dénaturé la qualité d'un document qu'on voulait à l'origine court, clair et moderne dans son contenu économique. Les pays industrialisés (notamment la CEE et les Etats-Unis) sont finalement parvenus à.

Datum: _____
Tel. intern _____

Visum:

An: EDA
 Telegrammdienst
 3003 Bern

Referenzen und Initialen

Adresse (für Telex an Dritte)

Chiffriert <input type="checkbox"/>	Priorität <input type="checkbox"/>	Fakt./T <input type="checkbox"/>	Text erg. <input type="checkbox"/>	F.I. <input type="checkbox"/>	Absender	Seite-Nr. 6
Ja	Nein	Norm.	Dring.	Flash		

Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode	Empfängercode

rééquilibrer le projet présenté par le G77. Tenues dans un ton serein et non confrontationnel, les négociations n'en ont pas moins été très difficiles et longues (la session a du être prolongée de trois jours). Jouant sur l'importance primordiale accordée par le G77 à une décision prise par consensus, les Etats-Unis ont adopté une attitude intransigeante et ont obtenu gain de cause dans une guerre d'usure. La déclaration de l'assemblée générale sur la coopération économique internationale ne contient donc pas d'élément nouveau et ne servira guère de guide aux politiques économiques des années 90.

La Suisse a participé activement tant à la session qu'à sa préparation. En dépit de son statut d'observateur, elle a réussi à être invitée au débat général (pour la 4e fois seulement). La déclaration faite par le Secrétaire d'Etat Blankart, chef de la délégation suisse, a reçu un écho très positif des délégations de tous bords. K. Jacobi.

////

Copie: BRF JAC PB

NNNN

Letzte
Zeile

7 80 000 39665	Datum: _____	Visum:
	Tel. intern _____	

i. A. 22.14.7.3,

Interne Verteilerliste

Betrifft:

IH + DP 19/90 vom 07.05.1990

DG - 8. Mai 90 - 16

Departementsvorsteher		BRF
Dipl. Sekretär	Hr. Combernous	CD
pers. Mitarbeiterin	Frau Hanselmann	HMG
Generalsekretariat	Hr. Schaller	SRU
	Hr. Meier	MEF
Politischer Direktor, Staatssekretär	Hr. Jacobi	JAC
Sekretariat Staatssekretär	Hr. Kupfer	KU
Protokoll	Botschafter Dayer	DD
Politisches Sekretariat	Botschafter Ducrey	DY
Pol. Dok. Dienst, Kanzlei pol. Sekr.		W 338
Finanz- und Wirtschaftsdienst	Minister Lautenberg	LA
	Hr. Fivat	FIV
Pol. Abteilung I	Botschafter Staehelin	SIN
	Hr. Woker	WOK
	Hr. Jenni	JE
	Hr. Pardo	PR
Dienst Frankophonie	Hr. Kammer	KJF
Europarat	Hr. Richard	RA
Pol. Abteilung II	Botschafter Simonin	SI
	Hr. Chappuis	CFR
Sektion f. kons. Schutz	Hr. Duboulet	DC
Pol. Abteilung III	Botschafterin von Grünigen	GRN
Dienst für Abrüstungs- und Nuklearfragen	Hr. von Arx	AX
KSZE-Dienst	Hr. Widmer	WI
Fremde Interessen	Hr. Ghisler	GH
Dienst für Friedensfragen	Hr. Lehner	LH
Auslandschweizersekretariat	Minister Bodenmüller	BOD
Koord. Int. Flüchtlingspolitik	Botschafter Weiersmüller	WER
Direktion f. int. Organisationen	Botschafter Keusch	KJP
	Minister Gyger	GWB
Sekt. UNO und int. Org.	Hr. Hofer	HER
Berater f. europ. Weltraumzusammenarbeit	Hr. Creola	CRE
Sekt. int. wissenschaftl. Angelegenheiten	Hr. Hofmann	HOF

Sektion für intern. Umweltangelegenheiten	Hr. Ducret	DUC
Sekt. f. kulturelle + UNESCO-Angelegenheiten	Frau Matteucci-Keller	
Sekr. der nat. schweiz. UNESCO-Kommission	Hr. Theurillat	TB
Direktion für Völkerrecht	Botschafter Krafft	KT
	Minister Godet	GT
	Minister von Däniken	VDF
Sektion Völkerrecht	Hr. Baumann	BWE
Sektion Entschädigungsabkommen	Hr. Bühler	BC
Sektion Staatsverträge	Hr. Rubin	RC
Sektion Landesgrenze- und Nachbarrecht	Hr. Dubois	DS
Sektion Verkehr	Direktor Hulliger	HG
Seeschiffahrtsamt Basel	Stellvertr. Direktor Haenggi	
DVA	Botschafter Manz	MA
	Frau Krieg	KRI
Sicherheitsbeauftragter	Hr. Iten	IT
Sekt. Rekr. + Ausb. des Personals	Hr. von Graffenried	GRP
Personalsektion	Hr. Brogini/Hr. Peter	BRO/PM
Sektion Buchhaltung und Informatik	Hr. Savoye	SAV
D. f. verw. rechtl. Angelegenheiten	Hr. Welte	WP
Sektion Bezüge und Zulagen	Hr. Bollinger	BOL
Verwaltungsinspektorat	Hr. Castelli	CS
Kuriersektion	Hr. Schweizer	SRJ
Dir. f. Entw. Zusam. + hum. Hilfe	Botschafter Staehelin	SFR
Stellvertr. Direktor	Hr. Wilhelm	WM
Del. f. Katastrophenhilfe im Ausland	Hr. Rädorsdorf	RAE
Vizedirektor	Hr. Giovannini	GI/
	Hr. Dannecker	DAN
Informationsdienst	Hr. Beti	BEI
Multilaterale Angelegenheiten	Hr. Pasquier	PA
Sektion human. Nahrungsmittelhilfe	Frau Schelling R.	SGR
Forschung und Politik	Hr. Melzer	MEL
Integrationsbüro EDA/EVD	Botschafter Kellenberger	Ke
CH-91	Botschafter Vallon	VAL
Zentralstelle Gute Dienste	Hr. Bill	BH

+ Vertrauliche Umschläge:

- Hr. Loréan, Bundeshaus-West, W 134
- Seeschiffahrtsamt, Basel
- Botschafter Raymond Probst, Bern (durch Chauffeur zugestellt)
- alle Bundesräte (für Info hebdo)

Per Kurier an die diplomatischen Vertretungen in:

Abidjan	Hamburg	Panama
Abu Dhabi	Hanoi	<u>Panmunjom</u>
Addis Abeba	Harare	Paris (3)
Akkra	Havanna	Prag
Alger	Helsinki	Pretoria
Amman	Hong Kong	Quito
Amsterdam	Houston	Rabat
Ankara	Islamabad	Rio de Janeiro
Antananarive	Istanbul	Rom
<u>Asuncion</u>	Jakarta	San Francisco
Athen	Johannesburg	San José
Atlanta	Kairo	Santiago de Chile
Bagdad	Karachi	Sao Paulo
Bangkok	<u>Khartoum</u>	Singapur
Barcelona	Kigali	Sofia
Beijing	Kinshasa	Stockholm
<u>Beirut</u> NIKOSIA	Kopenhagen	Strassburg+Europarat
Belgrad	Kuala Lumpur	Stuttgart
Berlin/BRD	Kuwait	Seoul
Berlin/DDR	Lagos	Sydney
Bogota	La Paz	Teheran + Fremde Interessen
Bombay	Lima	Tel-Aviv
Bonn	Lissabon	Tokio
Bordeaux	London	Toronto
Brasilia	Los Angeles	Tripolis
Brüssel+Mission	<u>Luanda</u>	Tunis
Budapest	Luxembourg	Vancouver
Buenos Aires	Lyon	Warschau
Bukarest	Madrid	Washington
Canberra	Mailand	Wellington
Caracas	Manchester	Wien
Chicago	Manila	Yaoundé
Colombo	<u>Maputo</u>	Zagreb
<u>Conakry</u>	Marseille	Riad
Dakar	Melbourne	+ Mission permanente de la Suisse auprès des O.I., Wien
Damaskus	Mexiko	
Dar es Salaam	Montreal	
Den Haag	Monrovia	
Dhaka	Montevideo	
Djeddah	Moskau	
Dublin	München	
Düsseldorf	Nairobi	
Frankfurt a/Main	New Delhi	
Genua	New York, UNO+GK	
Guatemala	Osaka	
	Oslo	
	Ottawa	

Diverse:

- Genf, OI
- R. Mantelli, BAWI
- Divisionär Petitpierre, EMD
- R. Probst, BE (ehem. Staatssekretär)
- interne Verteilerliste
- IH+DP